



Fotos: A. Siemer, Riefenstahl/ZKN

KAMMERVERSAMMLUNG:

Versammlung in harmonischer Atmosphäre

KAMMERVERSAMMLUNG OHNE REIBEREIEN UND STREITEREIEN: BESCHLÜSSE IN GROSSER EINTRACHT GEFÄLLT/ AUCH WAHLEN SEHR EINTRÄCHTIG

In sehr harmonischer Atmosphäre fand am 3. November in Hannover die Kammerversammlung der Zahnärztekammer Niedersachsen (ZKN) statt. Zwei Tage waren für die Zusammenkunft im Novotel Hannover angesetzt worden, doch schon gegen Mittag des ersten Sitzungstages zeichnete sich ab, dass man mit der Tagesordnung am Abend durch sein würde – der zweite Tag konnte gespart werden. Von Streit oder gar Feindschaft zwischen den beiden Fraktionen aus Zahnärzte für Niedersachsen (ZfN) und dem Freien Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) oder gar innerhalb der FVDZ-Gruppe war an diesem Tag nichts zu spüren.

In seinem Jahresbericht ging der Präsident der ZKN Henner Bunke, D.M.D./Univ. of Florida, zunächst auf die gesamtpolitische Lage in Deutschland nach der Bundestagswahl im September ein. Die Sondierungsgespräche zur Bildung einer so genannten Jamaika-Koalition aus CDU/CSU, FDP

und Bündnis90/Die Grünen bezeichnete Bunke dabei als „holrig“. Die Verhandlungspartner versuchten, eine „tragfähige Schnittmenge auszuloten“ und hätten „teilweise sehr konträre Standpunkte“ in Fragen der Wirtschafts- und der



Der Kammervorstand zeigte sich bestens vorbereitet (v. l. n. r.): Dr. K.-H. Karstens, Dr. K.-H. Düvelsdorf, J. Röver, H. Bunke, D.M.D./Univ. of Florida, S. Steding, S. Lange und Dr. L. Riefenstahl



Umweltpolitik. Es sei aber nicht überraschend, „dass die Gespräche ins Stocken geraten sind, führen doch schnelle Kompromisse bei den Identitätsthemen zu Verzweigung an der Wählerbasis, während ein Kompromiss nach längerem Streit da schon eher verdaut werden kann“.

Wie schwierig die politische Situation ist und „was aber auf dem Spiel steht“, machte Bunke am Beispiel von Migration und Familiennachzug deutlich. Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung erkenne durchaus an, dass die Kriegsflüchtlinge aus Syrien „ein begründetes Recht auf Asyl haben“. Aus dem Staat im Nahen Osten seien „im Chaos des Jahres 2015 fast eine halbe Million Menschen bei uns unkontrolliert gelandet, überwiegend junge Männer“. Wenn diese nun ihre Familien nachholen wollten, was Bunke als „gut nachvollziehbar“ bezeichnete, bedeute das „nach konservativen Schätzungen“ einen weiteren Zuzug von rund zwei Millionen Menschen und Kosten von „ca. 120 Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren“. Die ethische Frage „Was ist human?“ stelle sich auch vor dem Hintergrund, dass Deutschland „doch heute schon und auf Jahre hinaus unter den Integrationsaufgaben der seit 2015 angekommenen fast zwei Millionen Menschen“ ächze.

Doch nicht nur in der Flüchtlingsfrage, auch in der Gesundheitspolitik gebe es erhebliche Unterschiede zwischen den möglichen Jamaika-Koalitionären. Bunke erinnerte an die Forderung der Grünen nach Einführung einer Bürgerversicherung, „um die Zwei-Klassen-Medizin abzuschaffen“. Der Kammerpräsident kritisierte diese „alten populistischen Forderungen“, die „an der Intelligenz des Forderungsstellers zweifeln lässt“.

In seinem rund einstündigen Jahresbericht ging Henner Bunke auf zahlreiche politische und gesellschaftliche Themen

ein, von denen die Zahnärzteschaft direkt oder indirekt betroffen ist. So warnte er vor den Bemühungen der EU-Kommission um Deregulierungsmaßnahmen und die Abschaffung oder zumindest Einschränkung nationaler Berufsregeln. Nur die „Berufszugangs- und Ausübungsregeln sichern die hohe Qualität medizinischer Behandlung“, zitierte Bunke den Präsidenten der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Dr. Peter Engel. „Mit der aktuellen Nivellierungspolitik würden Qualitätslevels heruntergeschraubt“, warnte der ZKN-Präsident. Henner Bunke forderte, „hier proaktiv tätig“ zu werden, sonst könne „unser vertrautes und krisenerprobtes deutsches Kammersystem schneller abhandeln, als wir es uns heute vorstellen können“.

Zum 1. Dezember 2017 wird in Niedersachsen eine Anstalt öffentlichen Rechts zur Umsetzung des Krebsfrüherkennungs- und -registergesetzes geschaffen. So hat es der Landtag in einer seiner letzten Sitzungen vor der Landtagswahl im Oktober beschlossen. Eigentlich sollten Ärzte- und Zahn- ►►



Präsident Henner Bunke, D.M.D./Univ. of Florida, spannte mit seinem Bericht einen weiten Bogen von der großen Politik bis zum Tagesgeschäft der Vorstandsarbeit.



Die Vorstandsmitglieder berichten aus ihren jeweiligen Referaten: Jörg Röver, Stellvertretender Präsident: Finanz- und Haushaltswesen, Gutachterwesen, Zahnärztliches Berufsgesicht



Dr. Karl-Heinz Düvelsdorf: Fortbildung – Zahnärzte, Aus- und Weiterbildung zahnärztliches Fachpersonal



Sabine Steding: Fachzahnarztangelegenheiten, Kenntnisprüfung für ausländische Zahnärzte, Approbation ausländischer Zahnärzte, NiZzA, Ausschuss beruflicher Nachwuchs, Familie und Praxismanagement

► ärztekammer für diesen Aufgabenbereich zuständig sein, doch kam es „zu heftigen Unstimmigkeiten zwischen Ärztekammer und dem Gesundheitsministerium“ – und das Vorhaben scheiterte, berichtete Bunke.

„Dringender Novellierungsbedarf“ besteht nicht nur nach Meinung des Kammerpräsidenten an der Approbationsordnung für Zahnärzte. Denn sie stammt noch aus dem Jahr 1955, „als unsere Bohrer noch mit Fußtritten betrieben wurden und die Behandlungsstühle häufig Plüschsessel waren“. Sie ist in den letzten über sechs Jahrzehnten inhaltlich nicht verändert worden. Derzeit gibt es einen Kabinettsentwurf für eine neue Approbationsordnung, der „sicher nicht optimal“ sei, aber „eine moderne präventionsorientierte Zahnheilkunde widerspiegelt“. Man müsse aber „aufpassen, dass die Prothetik und die Zahntechnik nicht unter die Räder kommen“, so Bunke. Er mahnte die Erhöhung der Studierendenzahlen im Bereich Zahnmedizin an. Denn in den kommenden Jahren werden viele Zahnärzte der so genannten Babyboomer-Generation in den Ruhestand wechseln und, noch wichtiger, der überwiegende Teil der unter 48-jährigen Zahnärzte ist „weiblich mit im Schnitt nur 60 Prozent der Lebensarbeitszeit der männlichen Kollegen aufgrund bekannter familiärer Bedingungen“.

Schon seit mehr als einem Jahrzehnt ist die Elektronische Gesundheitskarte ein „Reizthema für die Zahnärzteschaft“. Die Politik halte offenbar weiterhin „an dem kostspieligen eCard-Projekt fest“, die Industrie hoffe auf ein „dickes Geschäft“. Inzwischen gebe es sogar schon modernere Technik, trotzdem werde an der Einführung festgehalten. „Diese zentralwirtschaftlichen Instrumente sind aus meiner Sicht nicht nur Geldvernichtungsgeschäfte, sondern auch eine gesellschaftspolitische Sackgasse“, so Bunke.

Auf die deutschen Zahnärzte kommt im kommenden Jahr „ein neues Bürokratiemonster“ zu, nämlich die EU-Datenschutz-Grundverordnung oder kurz DSGVO, die am 25. Mai 2018 in Kraft treten wird. In jeder Praxis müsse dann ein Datenschutzbeauftragter benannt werden, der die Praxisleitung und die Mitarbeiter in Fragen des Umgangs mit sensiblen Daten unterweisen soll. „Dokumentationspflichten werden in der DSGVO groß geschrieben“ und „Sie können erahnen, was da auf deutsche Gesundheitsdienstler zukommt“, warnte Bunke. „Wir sind auf der Bundesebene gut beraten, uns in der Umsetzung dieser europäischen Richtlinie intensiv einzumischen.“

Zu berichten wusste Bunke auch, dass die Zahngesundheit der Deutschen erneut zugenommen hat: Von den heute 12-jährigen Kindern sind 81 Prozent kariesfrei – vor 20 Jahren lag die Quote in dieser Altersgruppe bei weit unter 50 Prozent, berichtete der Kammerpräsident von den Ergebnissen der fünften Deutschen Mundgesundheitsstudie. Allein schon demografisch bedingt dürfte hingegen die Zahl der Parodontitis-Fälle in den kommenden Jahren deutlich ansteigen, insbesondere bei den Älteren, bei denen auch die Kariesfälle wieder höher sind. Aber insgesamt kann man im Bereich Zahngesundheit durchaus zufrieden sein: „Auch bei den Senioren weist Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern eine Spitzenposition aus.“ Allerdings sei der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen nicht auf die Anforderungen auf eine präventionsorientierte Therapie der Parodontitis ausgerichtet – die PAR-Richtlinien sind aber auch schon fast so alt wie die Approbationsordnung für Zahnärzte. Und so würden Behandler geradezu genötigt, nicht erforderliche Röntgenbilder vor einer Antiinfektösen Therapie zu machen, um nicht mit Rückforderungsanträgen der Krankenkassen konfrontiert zu werden. Zu einer fachgerechten Parodontistherapie

gehöre auch das ärztliche Gespräch, die Reevaluation und die strukturierte Nachsorge – doch diese sind im aktuellen GKV-Leistungskatalog nicht als abrechenbare Positionen vorgesehen.

Novelliert werden soll in nächster Zeit die Ausbildungsverordnung zu Zahnmedizinischen Fachangestellten (ZFA). Das gilt insbesondere für die Bereiche Qualitätsmanagement (QM), Kommunikation, EDV, Prophylaxe sowie die Aufbereitung und Freigabe von Medizinprodukten. Eine Umsetzung der Vorschläge werde aber „erfahrungsgemäß mehrere Jahre umfassen“. Schon jetzt jedoch soll der Beruf der ZFA attraktiver gemacht werden, um den zukünftig nötigen Fachkräftebedarf decken zu können. Ein Baustein dafür ist eine angemessene Vergütung – sie soll erhöht werden. Bei wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung beschloss die Kammerversammlung eine Anhebung der seit drei Jahren nicht mehr angepassten monatlichen Ausbildungsvergütungen um jeweils 50 Euro auf 750 Euro im ersten, 790 Euro im zweiten und 840 Euro im dritten Ausbildungsjahr.

Gegen Ende seines Berichtes ging Kammerpräsident Henner Bunke ausführlich auf ein Thema ein, das die niedersächsische Zahnärzteschaft seit Jahren erheblich beschäftigt: Die Praxisbegehungen durch Mitarbeiter der Gewebeaufsichtsämter, die die Einhaltung der so genannten Hygienerichtlinien nach dem Medizinproduktegesetz (MPG) überwachen. Bunke schilderte die aktuelle Rechtslage und ihre Umsetzung und ging auf die Frage ein, ob und wie die Zahnärztekammer bei den Überwachungsaufgaben beteiligt werden könne. „Allerdings setzt ein solcher Schritt einen Vertrauensbonus von Seiten des Landes voraus“, betonte Bunke. Würde die ZKN in die MPG-Überwachungen

einbezogen werden, „dürfte dies die Rolle der Kammer aufwerten“. Das sei aber auch mit erheblichen Kosten verbunden: Für jeden der mindestens zwei Begeher müsste von einem Jahresgehalt von 70.000 bis 90.000 Euro ausgegangen werden und „eine Amortisation der Gehaltsaufwendungen durch Gebühren ist kaum möglich“. Eine mögliche Option ist für Bunke indes, dass die Begehungen durch die Gewerbeaufsicht durch Begeher der ZKN ergänzt würden. Diese könnten im Vorfeld der eigentlichen Begehung im Rahmen von Workshops in den Praxen eventuelle Defizite aufdecken und nötigenfalls das Personal entsprechend schulen. Er sei dazu für die Kammer mit dem dafür zuständigen Ministerium bereits in Fortsetzung in konstruktiven Gesprächen, die derzeit in der Phase der Regierungsneubildung pausieren.

Im Anschluss an den Vortrag des Präsidenten gaben auch die anderen Vorstandsmitglieder der ZKN, Jörg Röver, Sabine Steding, Dr. Karl-Heinz Düvelsdorf, Silke Lange, Dr. Karl-Hermann Karstens und Dr. Lutz Riefenstahl in kurzen Vorträgen Einblicke in die Entwicklungen ihrer jeweiligen Fachbereiche, für die sie im Vorstand zuständig sind.

Im Minutentakt verabschiedeten die Mitglieder der Kammerversammlung zahlreiche Anträge (s. Seite 42 ff). Einstimmig sprachen sich die Zahnärztevertreter beispielsweise dafür aus, Dienstleistungen im Gesundheitsbereich von der Normung durch das Europäische Komitee für Normung auszuschließen. Sie basierten auf einer „individuellen Interaktion zwischen Arzt und Patient zur Feststellung und Behandlung von Krankheiten“. Auch fordert die Kammerversammlung die Umsetzung des vom Nationalen Normenkontrollrat empfohlenen Bürokratieabbaus im deutschen Gesundheitswesen. Das wäre ein „kraftvolles Signal“ ►►



Silke Lange: GOZ-Angelegenheiten, Jugendzahnpflege, Alterszahnmedizin, Zahnärztliche Behindertenhilfe



Dr. Karl-Hermann Karstens: Patientenberatung, Schlichtungsangelegenheiten, Fürsorgeangelegenheiten, Zahnärztliche Stelle Röntgen



Dr. Lutz Riefenstahl: Zahnärztliche Praxisführung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, EDV/IT in der Verwaltung, Internet



Wurden für weitere 6 Jahre wieder in den LA gewählt (v.l.n.r.): Prof. Dr. Dr. Christian Scherer, Dr. Reinhard Urbach und Dr. Josef Kühling-Thees

► und würde letztlich auch der besseren Versorgung der Patienten dienen, hieß es in der Antragsbegründung. Allerdings solle man sich auf die „Abschaffung überbordender bürokratischer Reglementierung bei der Berufsausübung konzentrieren und nicht bewährte nationale Regelungen (...), wie etwa das Berufsrecht, durch berufsfremde Regelungen aus Brüssel ersetzen“, heißt in einem anderen einstimmig beschlossenen Antrag.

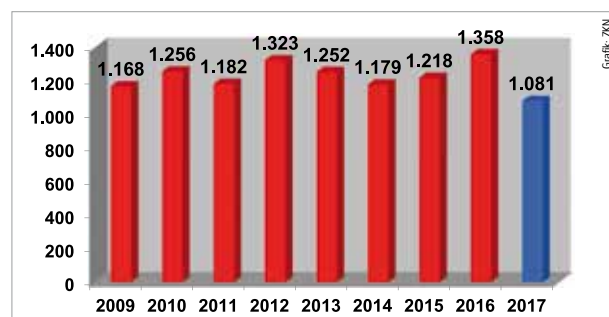
Eher eine Formalie war die Wiederwahl von Dr. Wolfhard Ross und Kerstin Dörlitz in den Vorstand der Dr. Neucks-Stiftung. Beide gehören dem vierköpfigen Gremium seit 2011 und jetzt für weitere sechs Jahre, also bis 2023, an. Dr. Ross ist stellvertretender Vorsteher der Stiftung, Dörlitz Beisitzerin. Zusammen mit Vorsteher Dr. Klaus Senge und Dr. Uwe Peters, die noch bis 2020 turnusgemäß im Amt sind, leiten sie die Geschicke der Stiftung, deren Ziel die Unterstützung älterer Zahnärzte/-innen und älterer Zahnarztwitwer/-n ist. Die Stiftung betreibt das DRK Dr. Neucks-Heim in Buxtehude. Das Seniorenheim verfügt, so Dr. Senge in seinem Kurzbericht, über 74 Einzel- und 11 Doppelzimmer, die zum größten Teil entweder eine kleine Terrasse oder einen Balkon haben.

Tradition hat auch der Bericht des Vorstehers der Stiftung Hilfswerk Deutscher Zahnärzte (HDZ). Dieses Jahr stellte die HDZ-Aktivitäten des vergangenen Jahres der neue Vorsteher des Werkes der Göttinger Zahnarzt Dr. Klaus Sürmann als Nachfolger von Dr. Klaus Winter vor. Mit Beifall zollten die Kammerversammlungsmitglieder und Gäste den Leistungen des Werkes zu Zeiten, in denen die Altgoldspenden aus bekannten Gründen immer weiter nachlassen, ihren Respekt. Und Präsident Bunke sicherte dem Kollegen Sürmann – aus dem Patronat für das HDZ heraus – die fortgesetzte Unterstützung der ZKN zu.

Auch zum Leitenden Ausschuss (LA) des Altersversorgungswerkes (AVW) standen Neuwahlen an. Drei Positionen mussten besetzt werden. Der bisherige Vorsitzende Dr. Reinhard Urbach, dessen Stellvertreter Dr. Josef Kühling-Thees und Prof. Dr. Dr. Christian Scherer wurden jeweils mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen wieder in den Leitenden Ausschuss des

Altersversorgungswerkes gewählt. Zuvor hatten Dr. Urbach und Dr. Kühling-Thees den Geschäftsbericht für das Jahr 2016 vorgestellt und die aktuellen Anlagestrategien erläutert. Aber es gebe „keine guten Nachrichten, was die Kapitalmärkte anbetrifft“, sagte der AVW-Vorsitzende Dr. Urbach. Denn der Zinssatz für Geldanlagen sei nach wie vor auf einem historisch niedrigen Stand. Das wirke sich auch in der Zukunft bei den Rentenzahlungen aus: „Die heutigen Rentner bekommen mehr als die zukünftigen“, fasste Dr. Urbach zusammen.

Zum Jahresende 2016 hatte das AVW der Zahnärztekammer Niedersachsen fast 6.700 aktive Mitglieder, knapp 100 mehr als ein Jahr zuvor. Die Mitglieder zahlten fast 71 Millionen Euro an Beiträgen an das AVW, das derzeit über Kapitalanlagen in Höhe von rund zwei Milliarden Euro verfüge. 1.502 Altersrentner erhielten Ende 2016 Leistungen des AVW, dazu kamen 56 Berufsunfähigkeitsrenten, 521 Witwen- bzw. Witwerrenten und 73 Waisenrenten. Von den 2.152 Begünstigten waren 1.216 männlich und 936 weiblich. Dr. Karl-Heinz Düvelsdorf, u. a. zuständig im Vorstand für den Bereich des Fachpersonals, wies in seinem Bericht auf die im Jahr 2017 stark rückläufige Anzahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge hin. Im Vergleich zum Jahr 2016 sank die Anzahl um 277 Verträge bei einer konstanten Zahl von Behandlern. Sollte sich dieser Trend in den nächsten Jahren verfestigen, dürfte dies den mancherorts bereits bestehenden Fachkräftemangel noch verstärken.



Ausbildungsverträge 2009 bis 2017 mit Stand zum 30.09.2017

Weniger neue Auszubildende bedeuten zwingend weniger zukünftige Fachkräfte. Nach den Gesetzen des Marktes bedeutet ein Rückgang des Angebotes an Fachkräften bei einer konstanten oder gar steigenden Nachfrage durch die Praxen unweigerlich einen Anstieg des Lohnniveaus. Ein Szenario, das nicht im Interesse des Berufsstandes sein kann. Im Gegensatz zu anderen Berufen können Zahnärzte leider nicht ihre Einnahmeseite den gestiegenen Kosten anpassen. Aus diesem Grund forderte Dr. Düvelsdorf die Praxen auf, vermehrt Auszubildende einzustellen. ■

Alex Siemer, Leer